

II- 8145 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4153/J

1989-07-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Srb und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend die Vorgänge bei der Firma "Gewerbemüll Sortierungs-, Recycling- und Verwertungs GesmbH" (GRV) in Wien-Simmering

Die Firma GRV, die sich je zur Hälfte im Besitz der Hamburger Papierfabrik und der gemeindeeigenen Wiener Hafen-Betriebsgesellschaft befindet, beschäftigt sich mit dem Aussortieren von Müll aus Einkaufszentren und Großmärkten. Das tägliche Pensum beträgt 30 bis 40 Tonnen.

Unseren Informationen zufolge sollen die Arbeitsbedingungen gegen sämtliche Vorschriften verstößen: In den beiden Hallen ist es im Winter bitterkalt und zugig, im Sommer ist es unter den Wellblechdächern unerträglich heiß, der Gestank des Handelsmülls ist unbeschreiblich, es staubt furchterlich, die Arbeitskräfte werden von Legionen von Schmeißfliegen und Mücken umschwirrt und überdies verbreitet die Sortieranlage einen Höllenlärm. Geeignete Schutzvorrichtungen gibt es nicht!

Die Arbeitskräfte, die unter diesen unmenschlichen und gesetzeswidrigen Arbeitsbedingungen ihren Dienst verrichten müssen, werden vom Werkstattzentrum Wien - Geschützte Werkstätte GmbH (GW), in welcher die beiden Sozialpartner, die Caritas, die Volkshilfe sowie zwei Behindertenorganisationen als Gesellschafter fungieren, gestellt. Es handelt sich um junge behinderte Menschen, die hier einen geschützten Arbeitsplatz haben, für den ein Teil der Lohnkosten von der öffentlichen Hand getragen wird.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

A N F R A G E

1. Ist Ihnen die oben geschilderte Situation bekannt?
Wenn ja: seit wann?
2. Was haben Sie in dieser Angelegenheit bisher unternommen?
3. Sind Sie bereit, sofort das Arbeitsinspektorat einzuschalten?

4. Sind Sie bereit, die GW zur Rechenschaft zu ziehen und bis zur Klärung der Vorfälle die Zahlungen aus Ihrem Ministerium an die GW aus dem Ausgleichstaxfonds einzustellen?
5. Was werden Sie unternehmen, damit es in Zukunft zu keinen derartigen Vorfällen mehr kommen kann?
6. Sind Sie der Meinung, daß von Ihrem Ministerium die Aufsichtspflicht in ausreichendem Maße erfüllt wurde?
7. Sind Sie bereit, Ihre Aufsichtspflicht in Zukunft besser wahrzunehmen?
8. Welche Schritte werden Sie gegen die Verantwortlichen unternehmen?
9. Wie kann es Ihrer Meinung nach überhaupt dazu kommen, daß junge behinderte Menschen zu derartigen Arbeiten (die noch dazu auf Akkordbasis erfolgen sollen) herangezogen werden?